

# Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptamt Bad Schandau und das Finanzamt Seditz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgroschke Nr. 12 — Oksächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentonto: Dresden 22 327

Hauptredaktion: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erhebt täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abnahme und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



## Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiehhäbel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Oltzau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischschütz, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele, Inh. Walter Siele  
Verantwortlich: A. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbelle“, „Das Leben im Bild“

Abbestellen einzelner Nummern infolge ihrer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 226

Bad Schandau, Dienstag, den 27. September 1927

71. Jahrgang

### Für eilige Leser.

\* Eine Neutermeldung besagt, daß Kōnō, der gestern von Angora abgeflogen ist, bisher noch nicht in Basra eingetroffen ist und über seinen Verbleib keinerlei Meldungen vorliegen.

\* Wie aus Moskau gemeldet wird, sind im Baikalsee neue Erdstöße verspürt worden. 14 Häuser sind eingestürzt, sechs stark beschädigt. Ob Menschen ungetötet sind, ist noch unbekannt.

\* Das japanische Kriegsschiff „Koshu“ lief bei einem schweren Sturm in der Nähe der Insel Walait auf Grund. Die Besatzung konnte sich in Sicherheit bringen. Die „Koshu“ ist der frühere deutsche Dampfer „Michael Töben“, 1521 Tonnen groß. Er wurde in der japanischen Marine als Hilfschiff verwendet.

\* Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, treffe die Meldung, daß Anfang Oktober zwischen der Reichsregierung und Vertretern des Saargebietes Verhandlungen stattfinden sollen, insofern nicht zu, als an den Berliner zuständigen Stellen von einem beabsichtigten Rücklauf der Saargruben nichts bekannt sei.

## Japans Schwierigkeiten in der Mandchurei.

Von Dr. Friedrich Otte,  
Professor a. D., Reichsuniversität Peking.

Japan hat 4000 Mann nach Mukden, der Hauptstadt der Südmandschurei, entsandt; Strafruppen sagen die Telegramme und fügen hinzu, die chinesischen Väden hatten zum Zeichen des Protestes geschlossen.

Die Entsendung der japanischen Truppen nach der Mandchurei geschieht aus völlig anderen Gründen als die Entsendung japanischer Truppen nach Schantung Ende Mai; oben drein sind die japanischen Truppen aus Schantung nach Miteilungen an das Auswärtige Amt in Peking am 7. und 9. September zurückgezogen worden, nachdem die Südruppen sich wieder auf das Südufer des Jangtschiang hatten zurückziehen müssen und die Gefahr bewaffneter Zusammenstöße in Schantung nicht länger bestand. Auch ein zweites Ziel hatte Japan durch die vorübergehende Besetzung Schantungs erreicht, es hatte nämlich den Westmächten erneut klar gemacht, daß nördlich des Jangtschi die japanische Einflußsphäre beginnt.

Die Entsendung der Truppen in die Mandchurei betont weniger die allerdings auch bei der Besetzung Schantungs nie öffentlich eingestandene politische Seite, als vielmehr die wirtschaftliche. Es haben sich nämlich lebhafte Dinge in der Mandchurei abgespielt, die, wenn sie sich weiter unangenehm für Japan entwickeln würden, die Lage Japans in der Mandchurei ganz beträchtlich erschweren könnten; denn bei dem festen Zusammenhalten der Chinesen in allen Volksfragen, bei ihrem eigentümlichen Talent für Massenbewegungen, so wie es in Handelsboykotten, passivem Widerstand der Bauern, Arbeiter, Händler zu Tage tritt, sind die Folgen kaum abzusehen, falls einmal der wirtschaftliche Kampf entbrennt.

Die Japaner fühlen ihre Stellung in mehr als einer Hinsicht bedroht. Zum ersten verlangen die Chinesen seit etwa zwei Jahren das Recht, in der Mandchurei, die ja chinesisch ist, Bahnen zu bauen, so wie es ihnen paßt und zwar hauptsächlich in der Südmandschurei, also in der japanischen Einflußsphäre, da sich in der Nordmandchurei, die noch vollkommen unentwickelt ist, Zweigbahnbau noch nicht lohnt. Durch die ziemlich weitgehenden Pläne der Chinesen würde aber die Monopolstellung der japanischen Südmandschurischen Bahn geschwächt, die den Handel der Südmandschurei nach dem japanischen Pachtgebiet von Dairen hinlenkt. Weiterhin haben während der letzten zwei Monate Streike der chinesischen Arbeiter in den Benhschu-Bergwerken stattgefunden, sogar Bedrohungen der dortigen Japaner. Das wären so die letzten Anlässe; auf die tiefer liegenden Gründe sei nachstehend eingegangen. Tschang Tso-lin hat bereits vor geraumer Zeit von Peking aus beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken gesucht, nachdem die Japaner bei ihm vorstellig geworden waren, anscheinend ohne Erfolg. Unangenehm können Tschang Tso-lin diese Vorgänge nämlich nicht sein, denn die Mandchurei, wo er seit 1911 von Mukden aus herrscht, ist und bleibt seine Hauptstütze, und Ruhe dort ist für ihn durchaus erforderlich, wo er sich ansieht, seinen gefährlichsten Gegner, den „Christlichen General“ Feng Yu-hsiang anzugreifen; auch sind ja die Kuomintangtruppen am Jangtschi noch keineswegs erledigt. Kurzum, Schwierigkeiten im Rücken könnten dem „Ta Nian-shuai“, dem obersten Kriegsherrn — und nicht Direktor, wie die englische Presse falsch übersetzt — sehr unangenehm werden. Seit dem 14. Juni ist er nämlich zwar nicht Präsident von China, aber Generalissimo der vereinigten Nordarmee; infolgedessen hat sich sein Interesse weit über die Mandchurei hinaus nach Süden verschoben. Mit den Japanern, für die er als Condottieri 1905 im Dienste gegen die Russen steht, hat er bisher immer auskommen können trotz kleiner Reibereien und seines bekannten Standpunktes „China für die Chinesen“. Daß die Unruhen gegen die Japaner nun von Tschang Tso-

lins Feinden unter seinen Landsleuten mit unterstützt werden, ist angesichts der ganzen Lage nicht ohne weiteres zurückzuweisen. Die Möglichkeit für die Schwierigkeiten, die jetzt in die Erscheinung treten und vermuthlich später noch schärfer sich ausprägen werden, liegt jedoch tief begründet in dem völkischen Gegensatz zwischen Chinesen und Japanern, der Jahrhundertlang alt ist und, seitdem sich die Japaner neuerdings nach den siegreichen Kriegen 1894 gegen die Chinesen, 1905 gegen die Russen auf dem Festlande in Korea und der Südmandschurei eingenistet haben, wieder stärker hervorgetreten ist. Jedenfalls darf man nicht glauben, daß die Gegensätze zwischen den asiatischen Völkern etwa weniger ausgeprägt seien als die zwischen europäischen.

Die Mandchurei ist eines der Außenländer Chinas, aber heute schon das Kanada Chinas, das heißt das größte Uebersehungsgebiet in Bezug auf Nahrungsmittel und Mineralien. Um 1900 war sie noch ganz dünn bevölkert, 1910 schon von rund 14 Millionen, 1919 von 19 Millionen und 1922 von 22 Millionen nach verschiedenen Schätzungen. Die chinesische Bauernfamilie in der Mandchurei wird geschätzt auf 8,38 Köpfe, die im eigentlichen China auf nur 5,5 Köpfe im Durchschnitt. Die heutige Bevölkerung ist zu über zwei Drittel erst nach 1896 eingewandert, hauptsächlich aus den nördlichsten Provinzen des eigentlichen China; für den Südmenschen ist das mandchurische Klima zu hart. Der Bau der sibirischen Bahn, die unter dem Namen Nitschinesische Bahn durch die Nordmandchurei führt, und der Südmandschurischen Bahn von Dairen aus haben den Anstoß für die Einwanderung. Weiterhin treiben die Unruhen in eigenlichem China innerhalb der großen Mauer jetzt viele Bauern zur Abwanderung. Nach ganz zuverlässigen Zahlen der Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften, veröffentlicht vom Reichswirtschaftsbüro in Peking, soll die Zuwanderung für 1927 bis Juli auf 700 000 Köpfe gestiegen sein, darunter viele Familien. Im Vergleich zu diesen Zahlen verschwindet die japanische Bevölkerung der Mandchurei und auch die russische, leben doch in ganz China nur etwa 240 000 Kabaner und etwa 80 000 Russen.

Während aber der Japaner als Bauer verlagert, hat er durch Eisenbahnen, Fabriken und Bergwerke die Südmands-

churei seit 1905 erschlossen; er ist also der Kapitalist und infolgedessen kommt zum völkischen auch noch der wirtschaftliche Gegensatz hinzu. Der zweitgrößte Handelsplatz Chinas ist heute das japanische Pachtgebiet Dairen (Dairen); vor dreißig Jahren noch ein unbedeutender Küstenhafen, steht es heute mit einem Handelsumsatz von rund einer Milliarde Mark an zweiter Stelle, gleich nach Schanghai. Dort in Dairen sind die japanischen Delmühlen, die Rohmaterial aus dem Hinterlande beziehen. Bohnen und Bohnenprodukte, vor allem Bohnenöl, erst seit 1909 bedeutende Ausfuhrgüter Chinas, stehen seit 1926 mit 20 v. H. Anteil an der ersten Stelle aller Ausfuhrgüter Chinas, und diese Ausfuhr geht über Dairen. Entstehen Unruhen im Hinterlande, dann wird Dairen, mithin auch Japans Wirtschaftsinteressen, schwer betroffen.

Japan wurde im September 1923 von einem der furchtbaren Erdbeben heimgesucht, das die Weltgeschichte kennt; in einer Nacht wurde mehr an Werten vernichtet als von 1914 bis 1918 in Nordfrankreich, jedoch ohne daß Japan in Reparationen mehr erhält als es verlor. Seitdem kam ein Unglück nach dem anderen; im Frühjahr 1927 der Zusammenbruch des Zukutikonzerne, jetzt wieder Springfluten. Kein Wunder, daß Japan auf dem Festlande Frieden zu haben wünscht. Aber der völkische und wirtschaftliche Gegensatz zwischen Chinesen und Japanern wird durch die militärische Besetzung der mandchurischen Hauptstadt Mukden verschärft werden.

Zum Abschluß entnehme ich noch die folgenden Angaben einem Aufsatz aus dem Manchester Guardian, verfaßt von dem italienischen Vorkämpfer Graf Sforza, der jahrelang in Peking Gesandter war: „Die japanische Regierung hatte nach 1905 gedacht, sie könnte ihre bevorzugte Stellung in der Mandchurei im Sinne einer Kolonisierung ausnützen ... Die Japaner kauften Bauernhöfe, richteten Fabriken ein, sie führten aus China passende Arbeiter für ihre Gehöfte ein, da japanische Landarbeiter zu teuer und der harten Arbeit nicht gewachsen waren. Aber überall wurden die Chinesen allmählich Eigentümer. Die Japaner wollten schnell verdienen, die Chinesen begnügten sich mit geringen Ersparnissen unter Verzicht auf alle Lebensgenüsse.“ — Diese Aussprüche betreffen den Ursprung des japanisch-chinesischen Gegensatzes!

## Trommelfeuer

Bemerkenswert ist die Energie, mit der sich der deutsche Außenminister, Dr. Stresemann, in einer Unterredung mit dem „Matin“-Redakteur Saunier hinter die Lammengerebte Hindenburgs gestellt hat; besonders hinter die darin aufgestellte Forderung nach Einsetzung eines unparteiischen Schiedsgerichts, das die Anschuldingen gegen Deutschland unterfuchen sollte. Ursprünglich doch ein Vorschlag, der vom belgischen Minister Vandervelde ausgegangen war, ist er durch die Brüsseler Regierung abgelehnt worden — man versteht also wirklich nicht die überaus große Schärfe des Tons in einer Rede, die der belgische Ministerpräsident Jaspers bei der Enthüllung eines Denkmals für einen übrigens längst vor dem Kriege verstorbenen belgischen Staatsmann hielt. War also schon die Gelegenheit selbst an den Haaren herbeigezogen, so sticht die bissige Ironie, mit der Jaspers über Hindenburgs Rede herfällt, besonders drastisch vor den ruhigen, würdevollen Worten des deutschen Reichspräsidenten ab. Alle jene Anschuldigungen gegen Deutschland, wie man sie schon bei der Denkmalsenthüllung in Dinant von sich gegeben hatte, werden wiederholt, unterstrichen — aber das deutsche Ersuchen um Schaffung eines unparteiischen Gerichtes leuchtet man ab!

Während Poincaré, der am Sonntag gleich drei derartige Enthüllungsreden hielt, sich diesmal ziemlich Mäßigung befehligte, hat sein Kabinettskollege, Justizminister Barthou, diese Zurückhaltung mehr als reichlich wettgemacht. Auch hier war die Gelegenheit bei den Haaren herbeigezogen, denn es handelte sich dabei um die Einweihung eines Ehrenmals für einen in Marokko gefallenen Soldaten. Barthou erklärte nämlich, „an dem Blute, das aus Mauthunger eines Wilhelm II. und Abd-el-Krimis vergossen wurde“, sei Frankreich in gleicher Weise unschuldig! Wobei von uns Deutschen die Frage gestellt werden muß, aus welchen rechtlichen Gründen denn Frankreich in einem furchtbar blutigen Feldzug sich Marokkos bemächtigte! Auch Barthou erklärte jeden Protest gegen die deutsche Schuld am Kriege als „ein Dementi, das die Geschichte nicht annimmt“ und das „nicht aufkommen könne gegen die Wahrheit der Tatsachen, der Dokumente und Daten“. Er verlangt in dieser Frage als Vorbedingung einer notwendigen Annäherung, als eines Friedens in der Welt von Deutschland das unbedingte Stillschweigen; Deutschland solle sich der „unklugen Rehabilitierungsversuche“ enthalten, die nur aufgefäht würden als „verlegene Herausforderungen“. Die Töne, die — gleichfalls bei einer Denkmalsenthüllung — der

französische General Hirschauer von sich gab, sind natürlich noch gellendere.

Dieses rednerische Trommelfeuer auf Deutschland zeigt, daß man es drüben genau verspürt, wie sehr die deutsche „Kriegsschuld“ als der wichtigste Unterbau des Versailler Vertrages betrachtet wird. Man war in Genf dabei, über den wieder zurückgenommenen belgischen Vorschlag einer unparteiischen Untersuchung des Frankreichkrieges, worauf Deutschland sofort eingegangen war, eine protokolllarische Vereinbarung zu verhandeln, wonach auf eine solche Untersuchung vorerst verzichtet, dem „geschichtlichen Urteil“ aber nicht vorgegriffen werden sollte. Da hinein platze jetzt die Rede des belgischen Ministerpräsidenten, der dieses „geschichtliche Urteil“ als feststehend bezeichnet, genau wie es Poincaré und hundert andere französische Staatsmänner und Generale seit Friedensschluß immer wieder getan hatten. Selten genug haben Deutschlands maßgebende Führer hiergegen Protest eingelegt; nun fordert man von uns völliges Stillschweigen, nur von uns. Halten wir es aber nicht, so stellt man uns als Störer des Weltfriedens hin; nicht etwa aber jene, die keine Denkmalsenthüllung vorübergehen lassen, ohne alle Anschuldigungen gegen Deutschland aufzuwärmen oder neue zu erfinden.

### Noch eine Poincaré-Sekret.

Paris, 26. September. Ministerpräsident Poincaré hielt heute nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten des Generalrates des Departements Meuse eine Rede, in der er im wesentlichen seine Behauptungen über eine grausame Kriegsführung seitens der deutschen Armee aufrecht erhielt. Er erklärte einleitend, man mache der Bevölkerung von Lothringen zu Unrecht zum Vorwurf, daß sie chauvinistischer und dem Frieden weniger geneigt sei als andere Gebiete Frankreichs. Gerade, weil die Bewohner Lothringens mehr dem Angriff Deutschlands ausgelegt sind, haben sie Interesse am Frieden. Infolge der Nähe der Grenze werden sie ständig an die Gefahren eines Angriffs erinnert.

Frankreich wolle den Frieden, aber auch seine Sicherheit. Frankreich müsse in der Lage sein, sich gegen einen Angriff zu verteidigen und fordere deshalb eine starke Armee. Als der Krieg Frankreich ausgezungen wurde (?), hätten die Franzosen von ganzem Herzen den Sieg erwünscht, nicht nur, um den Feind zurückzuschlagen, sondern auch, um die Vollständigkeit des französischen Gebietes wieder herzustellen und für Frankreich die volle Sicherheit zu erreichen. Die Darstellung von einem Einmarsch, der in keiner Weise gegen die Zivilbevölkerung gerichtet sei, müsse